

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung am
20.11.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:05 Uhr bis 19:23 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Lothar Dieringer
parteilos

Herr Roland Hildebrandt
CDU

Vertreter für Herrn Bauersfeld.
Herr Hildebrandt nahm ab 17:29 Uhr an der
Sitzung teil.

Herr Andreas Scholtyssek
CDU

Frau Elisabeth Nagel
DIE LINKE.

Vertreterin für Frau Dr. Sitte.
Frau Nagel nahm bis 19:29 Uhr an der
Sitzung teil.

Frau Gertrud Ewert
SPD

Herr Johannes Krause
SPD

Vertreter für Frau Hintz.

Herr Andreas Hajek
parteilos

Herr Hajek nahm bis 19:18 Uhr an der
Sitzung teil.

Herr Denis Häder
MitBÜRGER für Halle

Herr Christoph Menn
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Beate Fleischer
SKE

Herr Matthias Havranek
SKE

Herr Dr. Gerhard Kotte
SKE

Frau Irmgard Lawnik
SKE

Herr Carsten Hoheisel
SKE

Frau Anja Krimmling-Schoeffler
SKE

Herr Wolfram Neumann
Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft
und Arbeit

Frau Mandy Giegler
Teamleiterin DHI im Amt für Wirtschafts-
förderung

Frau Eileen Panier
Protokollführerin

Herr Lars Loebner
Amtsleiter im Stadtplanungsamt

Frau Kerstin Ruhl-Herpertz
Amtsleiterin im Umweltamt

Herr Klaus Rothe
Ressortleiter im Ordnungsamt

Herr Jürgen Reichardt
Teamleiter Stabsstelle Kulturbüro

Entschuldigt fehlen:

Herr Martin Bauersfeld
CDU

Herr Bauersfeld wurde vertreten durch Herrn
Hildebrandt

Herr Uwe Heft
parteilos

Herr Olaf Sieber
DIE LINKE.

Frau Dr. Petra Sitte
DIE LINKE.

Frau Dr. Sitte wurde vertreten durch Frau
Nagel.

Frau Katharina Hintz
SPD

Frau Hintz wurde vertreten durch Herrn
Krause.

Herr Ulrich Peinhardt
SKE

Herr Heinz-Günter Ploß
SKE

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung wurde von **Herrn Scholtyssek, stellv. Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Zu Beginn der Feststellung der Tagesordnung teilte **Herr Menn, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, mit, dass der Antrag der Fraktion zur Erstellung einer Tourismuskonzeption (TOP 5.5.) im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsplan der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH für das Jahr 2013 (TOP 4.1.) behandelt werden sollte, da der Antrag finanzielle Auswirkungen auf den Wirtschaftsplan hat.

Herr Neumman, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit, stimmt dem Vorschlag zu.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, teilte mit, dass er hierfür keine Notwendigkeit sieht, da kein entsprechender Deckungsvorschlag möglich ist und eine unmittelbare Auswirkung auf den Wirtschaftsplan daher nicht gegeben ist., demzufolge sei der Vorschlag nicht zielführend.

Abschließend ist festzuhalten, dass somit der Antrag der Fraktion regulär unter dem TOP 5.5. beraten wird.

Der TOP 3.1. – Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 23.10.2012 wurde abgesetzt, da sich die Niederschrift bis zum Sitzungsbeginn noch im Korrekturlauf befand und somit noch nicht vorgelegt werden konnte.

Abschließend bat **Herr Scholtyssek** um die Abstimmung der unveränderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig zugestimmt -

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften
 - 3.1. Genehmigung der Niederschrift der gemeinsamen öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten und des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung vom 11.09.2012
 - 3.2. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 23.10.2012

4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Wirtschaftsplan der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH für das Jahr 2013
Vorlage: V/2012/11030
 - 4.2. Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10931
 - 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur
Beschlussvorlage Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale) (V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11291
 - 4.2.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Vorlage "Mitgliedschaften
der Stadt Halle" (Vorlagen-Nr. V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11284
 - 4.3. Resolution zur Entlastung von nächtlichem Fluglärm
Vorlage: V/2012/11175
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Salzfest und zu den Händels Open
zu Veranstaltungen auf dem Marktplatz und Hallmarkt
Vorlage: V/2012/10586
 - 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der FDP -
Stadtratsfraktion zum Salzfest und zu den Händels Open
Vorlage: V/2012/10880
 - 5.2. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Einführung von Parkerlaubnisheften
für Handwerker, Gewerbe, Pflegedienste und Werttransporte
Vorlage: V/2012/10967
 - 5.3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung von Einkaufsmöglichkeiten in Dörlau
Vorlage: V/2012/10996
 - 5.3.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur
Prüfung von Einkaufsmöglichkeiten in Dörlau (V/2012/10996)
Vorlage: V/2012/11259
 - 5.4. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur temporären Installierung mobiler
Fahrradabstellanlagen auf dem Marktplatz
Vorlage: V/2012/11066
 - 5.5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer
Tourismuskonzeption für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11099
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Salinetechnikum
Vorlage: V/2012/11043

8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschriften

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift der gemeinsamen öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten und des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung vom 11.09.2012

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der gemeinsamen öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten und des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung vom 11.09.2012.

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 23.10.2012

Nach Zustimmung zur Tagesordnung wurde dieser TOP abgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

- abgesetzt -

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Wirtschaftsplan der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH für das Jahr 2013 Vorlage: V/2012/11030

Zunächst erhielt **Herr Voß, Geschäftsführer der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH (SMG)**, das Wort:

Er warb dafür, dass der Zuschuss in bestehender Form bewilligt wird.

Anfrage von **Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE.:**

Zunächst stellte **Frau Nagel** fest, dass der Bezug zu den Zahlen in die Begründung hätte aufgenommen werden müssen.

Danach stellte sie folgende Fragen:

1. Was kann man sich unter der Position „sonstige betriebliche Erträge“ vorstellen?
2. Der Wissenschaftsstandort Halle ist sehr wichtig, jedoch sind hierzu keine Planzahlen hinterlegt, warum nicht?
3. Versteht sich das Stadtmarketing im Bereich Tourismus als Akteur oder Moderator/Koordinator?

Antwort durch **Herrn Voß**:

- zu 1. Hierzu zählt u. a. die Untervermietung der Universität, welche dazu dienen soll, dass das Stadtmarketing deren Etage „mitbespielt“.
- zu 2. Da sich im Bereich Wissenschaftsstandort die Partner des Stadtmarketings hauptsächlich beteiligen müssen, sind kaum finanzielle Mittel beim Stadtmarketing einzuplanen.
- zu 3. Am Beispiel der internationalen Tourismusbörse wird deutlich, dass man sich als beides versteht. So kann man im Rahmen der genannten Veranstaltung natürlich mit den dort vertretenen Unternehmen sprechen, jedoch ist es viel wichtiger in deren Veranstaltungskataloge aufgenommen zu werden

Anfragen von **Herrn Häder, Mitbürger für Halle**:

1. Die Steigerung bei den Umsatzerlösen ist nicht nachvollziehbar, so fehlen in der Einzelaufstellung 13.000 Euro.
2. Warum sind im Bereich der sonstigen Auszahlungen so massive Senkungen, wie angegeben, im Vergleich zum Vorjahr möglich?

Antwort von **Frau Graupeter, Leiterin Finanz- und Rechnungswesen der SMG**:

- zu 1. Dies resultiert aus der Werbung und den Werbeprojekten.
- zu 2. Eine Senkung ist möglich, da nicht in jedem Jahr die Auszahlung der projektbezogenen Werbemittel möglich ist.

Feststellung von **Herrn Häder**:

Diese Aussagen widersprechen sich doch aber dahingehend, als dass auf der einen Seite mitgeteilt wird, dass man mehr Mittel einwirbt, aber weniger Werbung geschaltet werden soll.

Antwort von **Frau Graupeter**:

Man kann auch nur die Mittel ausgeben, die man einwirbt.

Anfragen von **Herrn Hoheisel, sachkundiger Einwohner**:

1. Im Wirtschaftsplan ist von 20 Mitarbeitern die Rede, jedoch umfasst das Organigramm nur 18 Mitarbeiter woran liegt das?
2. Worin werden die 12.000 Euro investiert?

Antworten von **Herrn Voß und Frau Graupeter**:

- zu 1. Die 20 Mitarbeiter umfassen auch die geringfügig Beschäftigten während das Organigramm nur die festangestellten Mitarbeiter darstellt.
- zu 2. Die Investition erfolgt in Software für Events und das Onlineinformationssystem, für Büromöbel und Messestände.

inhaltliche Anfrage von **Herrn Häder**:

Wie unterscheiden sich die Kultur-, Natur- und Gesundheitstouristen? Was ist insbesondere unter den Gesundheitstouristen zu verstehen?

Antwort von **Herrn Voß**:

Die Gesundheitstouristen sind wichtig vor dem Hintergrund des altersgerechten Reisens, dies wird der Trend der nächsten 30 Jahre.

Herr Häder erkundigt sich, ob dieses Thema überhaupt etwas für Halle ist.

Anfrage von **Herrn Dieringer, CDU-Fraktion**:

Wie ist der aktuelle Stand in Bezug auf die touristische Erschließung des Roten Turms?

Antwort von **Herrn Voß**:

Es finden regelmäßige Führungen statt, die auch ab einer minimalen Gruppengröße durchgeführt werden können.

Beschlussvorschlag:

Der Wirtschaftsplan der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH für das Jahr 2013 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig zugestimmt -

9 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Stimmenthaltungen

**zu 4.2 Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10931**

Zu Beginn stellte **Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit** fest, dass weder das Dezernat noch der Ausschuss von der Vorlage betroffen sind.

Beantragung einer Änderung durch **Frau Ewert, SPD-Fraktion**:

Die Mitgliedschaft in der deutsch-israelischen Gesellschaft wird als Kündigungsvorschlag herausgestrichen, dies ist als Änderungsantrag zu verstehen.

Wortmeldungen von **Herrn Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**:

1. Das Büro in Shanghai taucht noch in der Übersicht auf, warum ist dieses noch nicht gekündigt, obwohl eine Ratsinformation entsprechend anders lautete?
2. In Bezug auf die Mitgliedschaft in der Wirtschaftsinitiative stellte er einen entsprechenden Änderungsantrag (Anmerkung der Protokollführerin: Dieser ist dem TOP 4.2.1. zu entnehmen)

Antworten von **Herrn Neumann**:

zu 1. Die Mitgliedschaft endet trotz Kündigung erst Ende des Jahres 2013.

zu 2. Der Beitrag zur Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland wurde bereits in den Vorjahren konsolidiert. Hier sei noch einmal darauf hingewiesen, dass es sich bei der Metropolregion um einen Städteverbund handelt während es sich bei den Mitgliedern der Wirtschaftsinitiative um Vertreter aus den Unternehmen und Städten handelt. Daher ist die Frage, ob man hier wirklich austreten möchte.

Antwort von **Herrn Häder**:

Nein, ein Austritt sollte nicht sofort herbeigeführt werden, jedoch sollten auch doppelte Beiträge vermieden werden, gerade auch im Hinblick auf das gemeinsame Büro.

Wortmeldung von **Herrn Krause, SPD-Fraktion**:

Da hier „nur“ eine Betrachtung aus wirtschaftlicher Sicht erfolgt, sollte man die Vorlage dann auch im Finanzausschuss vor dem Hintergrund der Finanzierungen betrachten, daher sollte man seitens der Verwaltung systematisch rangehen und zum Einen beleuchten, welche Mitgliedschaften effektiv sind und welche Vorteile sie für die Stadt erbringen. Daher begrüßte er den Änderungsantrag von **Herrn Häder** und bittet um entsprechende Prüfung in Zusammenhang mit den Rechtsfolgen.

Auf die weitere Diskussion wird verwiesen.

Abschließend wurden folgende Feststellungen getroffen:

1. Der Finanzausschuss soll in die Beratungsfolge aufgenommen werden.
2. Es ist zu prüfen, ob der Zeitraum von einem Monat zwischen der Beratung im Hauptausschuss und der Beratung im Stadtrat sinnvoll ist.
3. Das Datum des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung muss in der Gremienfolge angepasst werden, da hier die Beratung erst im Dezember erfolgen sollte.

Herr Neumann sagte eine Aufnahme des Finanzausschusses in der Beratungsfolge zu.

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Kündigung / die Reduzierung der Beitragshöhe folgender Mitgliedschaften:

- ~~Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V. (255,00 €)~~
- Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V. (1.300,00 €)
- UfU – Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V. (1.000,00 € statt 5.000,00 €)
- Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V. (1.025,00 €)
- Gesunde Städte – Netzwerk (für 2012 und 2013 je 500,00 €)
- Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (26,00 €)
- Hallescher Musikrat e. V. (15,00 €)
- Bundesverband der Pflege- und Adoptivfamilien (54,00 €)
- Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (200,00 €)

2. **Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit der Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland über eine spürbare Absenkung des Mitgliedbeitrags zu verhandeln und eine Kündigung der Mitgliedschaft zum Ende des Jahres 2013 zu prüfen.**

Abstimmungsergebnis:

- mehrheitlich zugestimmt -

6 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
2 Stimmenthaltungen

Anmerkung:

Über die Änderungen aus den Änderungsanträgen hinaus ergaben sich noch folgende Änderungswünsche, deren Übernahme bereits durch die Verwaltung zugesagt wurden (auf die Niederschrift wird entsprechend verwiesen):

- Anpassung des Datums des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung in der Beratungsfolge der Beschlussvorlage
- Aufnahme des Finanzausschusses in die Beratungsfolge der Beschlussvorlage (Hinweis: Der Finanzausschuss hat das Thema schon behandelt. Eine weitere Behandlung zum zweiten Mal ist nicht satzungskonform)
- Überprüfung des Zeitraumes zwischen Hauptausschuss und Stadtrat (muss ein Monat dazwischen liegen)
- Anpassung des aktuellen Sachstandes bzgl. German Industry & Commerce Co. Shanghai

**zu 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur
Beschlussvorlage Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale) (V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11291**

Auf die Diskussion unter TOP 4.2. wird verwiesen.

Beschlussvorschlag:

Es wird ein zweiter Beschlusspunkt hinzugefügt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit der Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland über eine spürbare Absenkung des Mitgliedbeitrags zu verhandeln und eine Kündigung der Mitgliedschaft zum Ende des Jahres 2013 zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig zugestimmt -

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Stimmenthaltungen

**zu 4.2.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Vorlage
"Mitgliedschaften der Stadt Halle" (Vorlagen-Nr. V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11284**

Auf die Diskussion unter TOP 4.2. wird verwiesen.

Beschlussvorschlag:

Im Beschlussvorschlag wird gestrichen:

- Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V. (255,00 €)

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig zugestimmt -

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
4 Stimmenthaltungen

zu 4.3 Resolution zur Entlastung von nächtlichem Fluglärm
Vorlage: V/2012/11175

Frau Ruhl-Herpertz, Umweltamt teilte zunächst mit, dass die Vorlage erneut als Tischvorlage eingebracht wurde, da diese formal geändert wurde, textlich wurden jedoch keine Änderungen vorgenommen.

Der Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten äußerte den Wunsch einer solchen Resolution, da über 90% der schweren Frachtflüge derzeit über Halle-Ost und Halle-Süd gehen.

Wenn die Nordbahn mehr genutzt werden würde, dann würde dies eine Entlastung bedeuten, jedoch hatte man in der Vergangenheit dargelegt, dass dies ökonomisch und auch sicherheitsrechtlich nicht möglich sei.

Anfrage von **Herrn Dieringer, CDU-Fraktion**:

Warum sollten dann ausgerechnet jetzt Veränderungen erreicht werden können?

Antwort von **Frau Ruhl-Herpertz**:

Es wird hier sicherlich ein zähes Ringen, statt einer sofortigen Reaktion geben, aber man kann auch nur durch Beständigkeit etwas erreichen.

Hinweis von **Herrn Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**:

Man sollte den Wortlaut im letzten Absatz des Beschlussvorschlages im Hinblick auch „...nimmt zur Kenntnis“ ändern. Des Weiteren sollte man den Großteil der Begründung auch in den Text der Resolution aufnehmen.

Antwort von **Herrn Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit**:

Es ist hierzu kein Änderungsantrag nötig, dass es sich lediglich um eine Formulierungsfrage handelt. Er sagte die Änderung der Passage von „...nimmt zur Kenntnis“ in „...stellt fest“ zu. Des Weiteren sagte er auch die Übernahme der Begründungen in die Resolution zu.

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) unterstützt das Engagement der Stadtverwaltung und der Vertreter der Stadt Halle in der Fluglärmkommission des Flughafens Leipzig/Halle zur Optimierung des Betriebsregimes des Flughafens zwecks Entlastung der halleschen Bürger von Fluglärm. Hier kommen insbesondere die verbesserte Führung von Flugrouten, die Einführung intelligenter Bahnnutzungssysteme und die Forcierung von Flottenerneuerungen in Betracht.

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) ~~nimmt zur Kenntnis~~ **stellt fest**, dass derzeit insbesondere die Bürger im halleschen Osten durch den Fluglärm gestört werden und insoweit Handlungsbedarf besteht. Er verkennt dabei nicht, dass ein angemessener Ausgleich zwischen den wirtschaftlichen Interessen des Flughafens und seiner Kunden als auch der lärm betroffenen Bürger außerhalb Halles gefunden werden muss.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig zugestimmt -

9 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Stimmenthaltungen

Bemerkung:

Aus der Diskussion heraus ergaben sich folgende Änderungswünsche:

- im Beschlussvorschlag wird die Passage im letzten Abschnitt „Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) nimmt zur Kenntnis...“ in „Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) **stellt fest...**“ geändert
- die Begründung der Beschlussvorlage sollte in den Text der Resolution mit aufgenommen werden

Es wurde seitens der Verwaltung zugesichert, dass die Änderungen übernommen werden, sodass keine Änderungsanträge gestellt werden.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Salzfest und zu den
Händels Open zu Veranstaltungen auf dem Marktplatz und Hallmarkt
Vorlage: V/2012/10586**

Zunächst erfolgte eine Diskussion zum Antrag, im Anschluss daran wurden Fragen gestellt:

Anfrage von **Herrn Dieringer, CDU-Fraktion:**

Gibt es einen Kriterienkatalog für eine Gebührenermäßigung auf dem Marktplatz?

Antwort von **Herrn Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit:**

Bezüglich der Veranstaltungen Händels Open und Salzfest liegt ein Vertrag vor, welcher die Kriterien, die für den Markt gelten, noch nicht berücksichtigt.

Anfrage von **Herrn Dieringer** an den Antragsteller:

Dieser Katalog reicht der Fraktion wohl nicht aus?

Antwort von **Herrn Hajek, FDP-Fraktion:**

Man kennt diesen Katalog nicht.

Vorschlag von **Herrn Krause, SPD-Fraktion:**

Man sollte den Antrag vertagen, bis die entsprechende Handlungsrichtlinie vorliegt.

Herr Neumann sagte die Vorlage der Handlungsrichtlinie zu.

Der Vertagung wird zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

- ~~1. Die Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Veranstalter der jährlich stattfindenden Veranstaltungen „Salzfest“ und „Händels Open“ wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt präzisiert: In die Vereinbarung werden Klauseln eingefügt, die die Ausgestaltung des Salzfestes und der Händels Open detaillierter regeln.~~
- ~~2. Bei den Händels Open wird dem besonderen Kulturanspruch der Stadt an diese Veranstaltung Rechnung getragen. Ein Bezug zu Georg Friedrich Händel und zur Barockzeit muss deutlich erkennbar sein. Moderne Elemente mit Bezug auf diese Werke sind ergänzend möglich.~~
- ~~3. Das Salzfest bezieht seinen Namen aus der halleschen Salzwirker-Tradition. Daran muss sich das Veranstaltungskonzept messen lassen. Das Verkaufssortiment hat sich von einem üblichen Marktsortiment durch einen besonderen Bezug zur Salztradition zu unterscheiden.~~
- ~~4. Sollte der Betreiber der Änderung nicht zustimmen, wird die Kooperationsvereinbarung zum nächstmöglichen Zeitpunkt (30.11.2012) gekündigt.~~
- ~~5. Die Stadtverwaltung legt jedes Jahr das Programm der Veranstaltungen im zuständigen Fachausschuss des Stadtrates rechtzeitig vor Beginn der jeweiligen Veranstaltung zur Bestätigung vor.~~

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Kriterien und Standards für die gebührenbefreite Vergabe von Marktplatz und Hallmarkt ab dem Jahr 2013 zu entwickeln und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen sowie in geeigneter Form zu veröffentlichen.

Sämtliche bestehende Verträge, in denen diese Kriterien nicht enthalten sind, werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt gekündigt und neu ausgehandelt anhand der durch den Stadtrat beschlossenen Kriterien.

Abstimmungsergebnis:

- vertagt -

Der Antrag wird vertagt, bis die Handlungsrichtlinie vorliegt.

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der FDP -Stadtratsfraktion zum Salzfest und zu den Händels Open
Vorlage: V/2012/10880**

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird geändert und erhält folgende Fassung:

1. Die Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Veranstalter der jährlich stattfindenden Veranstaltungen „Salzfest“ und „Händels Open“ wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt mit dem Ziel neu verhandelt, die Ausgestaltung der Veranstaltungen stärker an den Interessen der Stadt auszurichten. In die Kooperationsvereinbarung werden konkrete Kriterien aufgenommen, die dem historischen Bezug und dem Namen der Veranstaltungen Rechnung tragen.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, diesen Prozess zu organisieren und den Kulturausschuss zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

- zurückgezogen -

**zu 5.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Einführung von Parkerlaubnisheften für Handwerker, Gewerbe, Pflegedienste und Werttransporte
Vorlage: V/2012/10967**

Herr Hajek, FDP-Fraktion teilte mit, dass man den Antrag neu eingebracht habe, da man diesen versehentlich auf Grund einer falschen Aussage schon einmal zurückgezogen hatte.

Hinweis von Herrn Rothe, Ordnungsamt:

Der Antrag wurde im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten zurückgezogen, weil es sich hier um eine Arbeit im übertragenen Wirkungskreis handelt und die Zurückziehung daher richtig war.

Abschließend wurde der Antrag vom Antragsteller zurückgezogen. Eine Abstimmung zwischen dem Antragsteller und der Verwaltung zu diesem Thema wird erfolgen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) führt Parkerlaubnishefte für Handwerker, Gewerbe, Pflegedienste und Werttransporte für das Stadtgebiet Halle (Saale) als Ausnahmegenehmigung gemäß § 46 StVO ein.

Die Erlaubnis berechtigt zum Parken in Parkzonen mit den Verkehrszeichen 286 (eingeschränktes Halteverbot), 290 (eingeschränktes Halteverbot für eine Zone), 314 (Parkplatz, außer Sonderparkplatz für Schwerbehinderte) im mit Parkuhren und Parkscheinautomaten bewirtschafteten Parkraum, sowie in Bewohnerparkzonen und in Fußgängerzonen. In diesen Bereichen wird durch das Parkerlaubnisheft das Parken für Reparatur- und Montagearbeiten sowie Pflegedienste und Werttransporte erlaubt, sofern dadurch keine Behinderung des fließenden Verkehrs oder der Feuerwehr verursacht wird und die Rettungswege frei bleiben.

Antragsberechtigt sind Handwerksbetriebe und handwerksähnliche Gewerbetreibende sowie Pflegedienste und Werttransporte aus Halle (Saale), deren Betrieb bei der Handwerkskammer oder der Industrie- und Handelskammer gemeldet ist. Das Erlaubnisheft ~~gilt für ein Einsatzfahrzeug sowie ein Ersatzfahrzeug~~ **kann für alle Kraftfahrzeuge der Firma genutzt werden, der die Ausnahmegenehmigung erteilt wurde.** Die Kennzeichen sind anzugeben. Die Erlaubnis ist im Original im Fahrzeug mitzuführen und damit zeitgleich nur für ein Fahrzeug verwendbar.

Ein Parkerlaubnisheft beinhaltet 50 Ausnahmegenehmigungen. Mit einer Ausnahmegenehmigung kann an einem Tag an bis zu vier Einsatzorten bis zu einer Gesamtdauer von acht Stunden geparkt werden.

Die Parkerlaubnishefte werden über das Ordnungsamt der Stadt Halle (Saale) ausgegeben.

Die Gebühren für ein Parkerlaubnisheft betragen 150 Euro.

Abstimmungsergebnis:

- zurückgezogen -

zu 5.3 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung von Einkaufsmöglichkeiten in Dörlau
Vorlage: V/2012/10996

Hinweis von **Herrn Krause, SPD-Fraktion:**

Die Beratung in der letzten Sitzung ist etwas schiefgelaufen, da der Ausschuss nicht mehr beschlussfähig war. Die Bürgerinnen und Bürger warten aber auf eine Entscheidung.

Anfrage von **Herrn Menn, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Was soll denn aber geprüft werden?

Hinweis von **Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE.:**

Die Stadtverwaltung wird entsprechend prüfen.

Herr Loebner, Stadtplanungsamt wies noch einmal auf den 600m Radius nach dem Einzelhandels- und Zentrenkonzept hin; rein rechtlich gesehen, müsse man hier vorsichtig agieren.

Anfrage von **Frau Nagel:**

Was würde sich das Stadtplanungsamt wünschen, nachdem nun doch eine Prüfung erfolgen soll.

Antwort von **Herrn Loebner:**

Bezüglich der Prüfung konnte er mitteilen, dass bereits Abstimmungen mit dem Tiefbauamt laufen.

Hinweis von **Herrn Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM** zum Verfahren in der letzten Sitzung:

Der Ausschuss war noch beschlussfähig da keine Rüge bzw. Feststellung durch die Anwesenden erfolgte. Darüber hinaus wurde der Antrag vertagt, da kein Vertreter des Antragstellers mehr an der Sitzung teilnahm.

Bezüglich des Änderungsantrages der FDP-Fraktion sei darauf hinzuweisen, dass der Antrag als erledigt erklärt werden sollte, da hier im Moment keine Diskussionsgrundlage vorliegt.

Anfrage von **Herrn Krause**:

Wie müsste jetzt der weitere Verlauf erfolgen? Legt die Verwaltung eine eigene Beschlussvorlage vor oder muss ein neuer Antrag eingebracht werden?

Antwort von **Herrn Loebner**:

Im Rahmen der Aufstellung des Planungsverfahrens erfolgt nochmals eine Offenlegung für 2013 über ca. 4 Wochen. Das Planverfahren könnte dann im Jahr 2013 fertiggestellt sein, sodass eine Umsetzung im Jahr 2014 vorgenommen werden könnte.

Herr Krause erklärte den Antrag damit als erledigt.

Wortmeldung von **Herrn Hajek, FDP-Fraktion**:

Er hält den Änderungsantrag seiner Fraktion dennoch für sinnvoll, da das Verfahren nun ja auch schon sehr lange läuft.

Anfrage von **Herrn Scholtyssek, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses**:

Wann kann mit einer entsprechenden Beschlussvorlage der Verwaltung gerechnet werden?

Antwort von **Herr Loebner**:

Für das Jahr 2014 ist die Finanzierung zu sichern.

Hinweis von **Herrn Menn, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE**:

Der Änderungsantrag wird nunmehr automatisch nicht mehr beraten, da der Ursprungsantrag nun als erledigt gekennzeichnet wurde.

Wortmeldung von **Herrn Hajek**:

Der momentane Zustand der Kreuzung federt jedoch den Verkehrsfluss nicht ausreichend ab, dies ist jedoch nicht die Aufgabe des Investors oder der Anlieger, dies zu beheben, dies ist Sache der Stadt.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, erkundigte sich, ob man diesen nicht binden könne. **Herr Loebner** teilte mit, dass dies rechtliche Probleme mit sich bringt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit im Stadtteil Dörlau durch das verstärkte Setzen von Anreizen ein Betreiber für eine weitere Einkaufsmöglichkeit im Stadtteil gewonnen werden kann.

Abstimmungsergebnis:

- erledigt -

**zu 5.3.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung von Einkaufsmöglichkeiten in Dölau (V/2012/10996)
Vorlage: V/2012/11259**

Auf die Diskussion unter TOP 5.3. wird verwiesen.

Beschlussvorschlag:

~~Die Stadtverwaltung wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit im Stadtteil Dölau durch das verstärkte Setzen von Anreizen ein Betreiber für eine weitere Einkaufsmöglichkeit im Stadtteil gewonnen werden kann.~~

Dem aktuellen Interessenten für die Investition eines Einkaufszentrums in der Alfred-Oelsner-Straße in Dölau wird schnellstmöglich Baugenehmigung erteilt ohne zusätzliche Straßenbauverpflichtungen.

Abstimmungsergebnis:

- erledigt -

**zu 5.4 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur temporären Installierung mobiler Fahrradabstellanlagen auf dem Marktplatz
Vorlage: V/2012/11066**

Herr Dieringer, CDU-Fraktion, sieht den Antrag kritisch. Wo sollen diese aufgestellt werden?

Antwort von **Herrn Krause, SPD-Fraktion:**

Es handelt sich doch lediglich um einen Prüfauftrag.

Hinweis von **Herrn Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM:**

Dies ist so nicht richtig, denn ein Prüfauftrag liegt lediglich im 2. Beschlusspunkt vor.

Hinweis von **Herrn Scholtyssek, stellvertretender Ausschussvorsitzender:**

Er sieht den Bedarf nicht, gerade auch im Winter.

Frau Fleischer, sachkundige Einwohnerin, wies auf die Gebührenproblematik hin.

Auf die weitere Diskussion wird verwiesen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Stadtverwaltung soll zukünftig bei der Vertragsgestaltung mit Veranstaltern, die eine Veranstaltung auf dem Marktplatz planen, berücksichtigen, dass für stationäre Fahrradabstellanlagen, die in Vorbereitung bzw. zur Durchführung der Veranstaltungen gesperrt werden müssen, vom Veranstalter Ersatz in Form von mobilen Abstellanlagen geschaffen wird.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die mobilen Abstellanlagen von der Stadt Halle (Saale) zur Ausleihe zur Verfügung gestellt werden können.
3. ~~Die Stadtverwaltung sorgt während der Veranstaltung für eine ausreichende Ausschilderung der alternativen Fahrradabstellanlagen.~~

Abstimmungsergebnis:

- mehrheitlich abgelehnt -

2 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
1 Stimmenthaltung

**zu 5.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer Tourismuskonzeption für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11099**

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM erkundigte sich danach, wie die finanziellen Vorstellungen des Antragstellers aussehen. Durch die SMG ist dies nicht leistbar.

Wortmeldung von **Herrn Krause, SPD-Fraktion:**

Der Antragsteller muss einen Vorschlag zur finanziellen Deckung vornehmen.

Wortmeldung von **Herrn Menn, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Man muss hier investieren, die Frage ist nach der Höhe des Volumens. Hier könnte man evtl. bei der IHK zur Finanzierung nachfragen oder vielleicht kann die SMG dies doch übernehmen.

Wortmeldung von **Herrn Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit:**

Er schlug hier eine externe Lösung vor, so wäre ggf. ein Antrag bei der Investitionsbank (IB) für eine 80%-Förderung möglich. Dann müsste die Konzeption jedoch für die Region und nicht nur für die Stadt Halle erstellt werden. Bei der SMG ist hier kein Budget vorgesehen.

Anfrage von **Herrn Hajek, FDP-Fraktion:**

Ist eine eigene Erstellung durch SMG möglich?

Antwort von **Herrn Voß, Geschäftsführer SMG:**

Er hält den Antrag für sinnvoll, wobei er selbst auch schon Dokumente zum Tourismus geschrieben hat. Eine Studie brächte jedoch eine bessere Darstellung. Der Königsweg zur Finanzierung wäre eine Anfrage bei der IB zur Förderung.

Hinweis von **Herrn Krause:**

Der Antragsteller müsste jedoch die Stadt sein, daher ist eine Beratung im Finanzausschuss erforderlich. Somit ist die Beratungsfolge des Antrages falsch und darüber hinaus fehlt die Darstellung der finanziellen Auswirkungen.

Hinweis von **Herrn Häder:**

Es hält es für sinnvoll, wenn die Verwaltung zusagt, den Antrag bei der IB zu stellen und die finanziellen Auswirkungen auf Grund dessen darzustellen.

Herr Neumann sagte zu, dass eine Prüfung zur Antragstellung für Fördermittel der IB erfolgt und die Prüfung zur Übernahme des Eigenanteils ggf. mit Dritten erfolgt. Am 30.03.2013 ist Antragsschluss für das Förderjahr 2013.

Daraufhin erklärte **Herr Menn** die Vertagung des Antrages bis ein Prüfergebnis zur Antragstellung bei der Investitionsbank für Fördermittel vorliegt.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, gegenüber der Stadtmarketinggesellschaft darauf hinzuwirken, bis zum 3. Quartal 2013 eine aussagekräftige Potentialstudie für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft in der Stadt Halle (Saale) vorzulegen. Diese Studie soll möglichst durch einen externen Dienstleister erstellt und gemeinsam mit weiteren Partnern finanziert werden.
2. Auf Basis dieser Studie wird eine für die Stadtmarketinggesellschaft und das städtische Verwaltungshandeln verbindliche Tourismuskonzeption mit mindestens fünfjährigem Planungshorizont entwickelt, an deren Beteiligung alle relevanten Akteure und Interessengruppen der Stadt beteiligt werden und die vom Stadtrat verabschiedet wird.
3. Der Erfolg dieses Planungsprozesses und die Umsetzung der Ziele der Tourismuskonzeption werden im fünften Jahr nach deren Inkrafttreten evaluiert und dem Stadtrat in Form einer Beschlussempfehlung für die Fortführung oder Weiterentwicklung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

- vertagt -

Der Antrag wurde vertagt bis ein Prüfergebnis zur Antragstellung bei der Investitionsbank für Fördermittel vorliegt.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

**zu 7.1 Salinetechnikum
Vorlage: V/2012/11043**

Wenn eine Einladung eines Vertreters notwendig sein sollte, würde **Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit**, diese vornehmen, ansonsten wäre die Vorlage heute zur Kenntnis zu nehmen.

Auf eine Einladung wurde seitens des Ausschusses verzichtet.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat nimmt die Informationen zum Salinetechnikum zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

- Kenntnis genommen -

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Anfrage von **Herrn Menn, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**:

Es wurde einmal der behindertengerechte Zugang für den Markt festgelegt. Ist dies unter Beachtung der Gegebenheiten auf dem Weihnachtsmarkt immer noch gewahrt?

Antwort von **Herrn Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit**:
Die neuen Kabelbrücken ermöglichen einen behindertengerechten Zugang auf dem Weihnachtsmarkt.

Anfrage von **Herrn Hoheisel, sachkundiger Einwohner**:

Der Presse war zu entnehmen, dass das MMZ schwarze Zahlen schreibt. Wie ist das als Jahresergebnis zu erzielen?

Antwort von **Herrn Neumann**:

In diesem Jahr konnte man erstmals eine „0“ im Haushalt verbuchen. Jedoch können trotz Stabilisierung des Kerngeschäfts die Abschreibungen im nächsten Jahr noch nicht selber erwirtschaftet werden, weshalb mit einem negativen Jahresergebnis zu rechnen ist.

zu 9 Anregungen

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit, regte an, die Sitzung des Ausschusses im Dezember entfallen zu lassen, falls keine brisanten bzw. relevanten Themen aus der Novembersitzung des Stadtrates hervorgehen.

Dem wurde zugestimmt.

Für die Richtigkeit:

Datum: 29.01.13

Wolfram Neumann
Beigeordneter

Andreas Scholtyssek
stellv. Ausschussvorsitzender

Eileen Panier
Protokollführerin